

Agrarkolonialismus

Die Politik von EU und USA gegenüber Afrika

Die spekulativen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln wie Mais und Reis haben die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Landwirtschaft gelenkt. Forderungen nach einer neuen Agrarpolitik, einer produktiveren Landwirtschaft und massiven Investitionen machen die Runde. Wie aber kann eine zukunftsfähige Landwirtschaft, etwa in Afrika, aussehen?

Innovative Kleinbauern

Sofern der „afrikanische Landwirt“ nicht ein – vorwiegend weißer – Großfarmer im südlichen Afrika, Besitzer einer Tee- oder Blumenplantage oder Rinderzüchter ist, ist er mehrheitlich eine Bäuerin, die einige Hektar Land bestellt. Darauf wachsen meist die lokal üblichen Grundnahrungsmittel wie Mais, Cassava oder Hirse, verschiedene Gemüse, vielleicht Bananen und Papaya. Die Vielfalt dient der eigenen Versorgung, ist aber auch Absicherung, falls das eine oder andere der Trockenheit oder Schädlingen zum Opfer fällt. Kaffee, Kakao oder andere Marktfrüchte bringen etwas Geld. Außer Mais werden kaum moderne Hochoertragssorten, nur wenig Dünger und noch weniger Chemie verwendet. Ohne Pumpe oder Kanalbewässerung sind die Niederschläge entscheidend. Diese weitgehend traditionelle, lokal angepasste Landwirtschaft reicht meist zum Leben, vielfach sogar für Überschüsse, zumal sie nur eins der Standbeine einer Patchwork-Überlebensstrategie ist. Entwicklungsplanern und Agrarstrategen gilt die kleinbäuerliche Landwirtschaft allerdings als „unproduktiv“ und „rückständig“. Und deshalb – so ihre Effizienzlogik - seien Afrikas Bauern auch so arm.

Bauerngruppen im tansanischen Dodomo-Distrikt haben allerdings gezeigt, dass das nicht unabänderlich ist. Mit einfachen Mitteln wie Aufforstung und Barrieren aus Holz und Bepflanzung haben sie die Erosion, die ihre Felder frisst, gestoppt. Sie haben neue Methoden entwickelt, um genug organischen Dünger für ihre Felder zu erzeugen. Sie tauschen ihr Saatgut mit Nachbarn oder auf informellen Saatgutmärkten. Schädlinge halten sie mit dem Mischanbau, mit resistenten Pflanzen und biologischen Bekämpfungsmethoden in Schach. Damit können sie die Produktivität ohne hohe Kosten erheblich steigern. Noch sind sie eine Minderheit, doch sie zeigen einen Weg, wie die kleinbäuerliche Landwirtschaft auf einen grüneren Zweig kommen und dank der Einnahmen, die damit erwirtschaftet würden, die ländliche Entwicklung insgesamt durch kleine Verarbeitungsbetriebe, Saatgutproduktion, Verkauf von Dünger oder Holz anschieben könnte. Doch anstatt diese Entwicklung zu fördern, setzen Regierungen und Entwicklungsstrategen lieber auf eine „neue Grüne Revolution“.

Neue Grüne Revolution

Bereits bevor explodierende Preise und Proteste den Blick auf das anscheinend aus den Fugen geratene globale Agrarsystem lenkten, haben in den vergangenen Jahren viele internationale Entwicklungs- und Finanzorganisationen die Bedeutung der „Landwirtschaft für die Entwicklung“ entdeckt, etwa die Weltbank mit ihrem Weltentwicklungsbericht 2008. Und mit der Ankündigung, „Jetzt ist Afrika an der Reihe“, startete die Bill Gates-Stiftung im September 2006 im Tandem mit der Rockefeller-Stiftung ihre „Allianz für eine Grüne Revolution“.

Auf den ersten Blick geht es um Armutsminderung. Afrika südlich der Sahara ist der Subkontinent, auf dem die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) am deutlichsten verfehlt werden. Die Landwirtschaft beziehungsweise die ländlichen Regionen sind die Bereiche, in denen die größte Zahl der Armen lebt. Das macht sie zu einem geeigneten Übungsfeld für neue Ansätze eines „armutsorientierten Wachstums“. „Afrikas Bauern sind arm, weil sie nicht genug Dünger, Pestizide und patentiertes Saatgut benutzen“, behaupten die Agrarkonzerne. „Sie sind arm, weil sie nicht genug exportieren“, ergänzt die Weltbank. „Sie brauchen Gen- und Biotechnologie“, rät die Rockefeller-Stiftung. Sie alle empfehlen ein Paket von technologischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie Großinvestitionen in neue Staudämme, Bewässerungssysteme und Infrastruktur, wie es schon bei der Grünen Revolution in Asien und Lateinamerika in den 1960er und 1970 Jahren durchgesetzt wurde. Damit würden Afrikas Bauern für die „Herausforderungen und Chancen“ der Globalisierung „wettbewerbsfähig“ gemacht.

Globale Wertschöpfung

Magischer Mechanismus für die Umsetzung dieses Maßnahmen-Pakets ist die „Integration in den Markt“. In Zeiten der Globalisierung reicht den Strategen dafür nicht die nächstgelegene Kleinstadt oder die Region, sondern ist vor allem der globale Markt gemeint, die Einbindung des Bauern in „globale Wertschöpfungsketten“.

Diese Einbindung funktioniert in zwei Richtungen: private Agrarhändler sollen den Kleinbauern die „Segnungen“ der modernen Agrarindustrie liefern – bis hin zu gentechnisch veränderten Pflanzensorten. Insbesondere der US-Konzern Monsanto setzt alle Hebel in Bewegung, um den bislang weitgehend gentechnikfreien Kontinent für Genbaumwolle und Genfood zu erobern, tatkräftig unterstützt durch die staatliche Entwicklungsorganisation USAID und eine Phalanx wissenschaftlicher und menschenfreundlicher Lobbyorganisationen, darunter die Rockefeller-Stiftung, die den afrikanischen Regierungen deren Bedenken gegen die mangelnde „biologische Sicherheit“ von Genpflanzen mit Konferenzen in Nobelhotels, Forschungsstipendien und Geschenken auszutreiben versuchen.

Um kommerziellen Dünger, Saatgut und Pestizide kaufen zu können, brauchen die Bauern bzw. Bäuerinnen allerdings Geld, das sie bislang kaum haben. Bei ihrer traditionellen Ökonomie stehen Deckung des Eigenbedarfs und Ernährungssicherheit im Vordergrund. In Zukunft sollen sie stattdessen vor allem „hochwertige Produkten“, also etwa Blumen, Bohnen, Obst oder Agrartreibstoffen, für die zahlungskräftigen Verbraucher anbauen. Als Anlasser für diese Umstellung fungieren Kredite – also Schulden, die sie, so die Rechnung, durch höhere Einkommen abzahlen würden.

Auch die EU beteiligt sich mit ihren wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EPAs) an diesem Druck auf die Regierungen zu weiterer Liberalisierung und Privatisierung. Als Erfolgsrezept verkündet sie die „Entwicklung durch Marktzugang für Agrarprodukte“. Den landwirtschaftlich geprägten Staaten Afrikas, der Karibik und der Pazifikregion (AKP) würden neue Absatzmärkte und damit neue Exportchancen eröffnet werden. Im Gegenzug sollen sie Schutzmaßnahmen, die die einheimische Landwirtschaft gegen die Konkurrenz abschirmen, schrittweise abbauen. Damit würden noch stärker als bislang schon europäische Dumping-Exporte den Kleinbauern und Viehzüchtern in Afrika zusetzen. Ebenso verlangt die EU, dass nationale Regulierungen, die Bevorzugung einheimischer Unternehmen und bürokratische Hindernisse fallen und Lücken beim Patentschutz, etwa für Saatgut,

geschlossen werden sollen, weil sie die Expansions- und Investitionsmöglichkeiten von Konzernen einschränken. Wie beim 1999 abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Südafrika möchte die EU damit den Zugang europäischer Produkte und Investoren nach Afrika verbessern und umgekehrt Afrika zum „hochwertigen“ Agrarlieferanten aufwerten – Agrartreibstoffe eingeschlossen. Grundnahrungsmittel würden aus der EU geliefert – vor allem, wenn wegen der spekulativen Preisschübe die stillgelegten landwirtschaftlichen Flächen wieder reaktiviert würden.

Das Interesse an Afrikas Landwirtschaft gilt denn auch weniger dazu, die Nahrungsmittelproduktion in Afrika zu steigern. Vielmehr zielt sie darauf ab, jene Bereiche von Afrikas Landwirtschaft zu erfassen und für die kommerzielle Nutzung zuzurichten, die noch nicht in die globale Wertschöpfungskette der Ernährungsindustrie integriert sind – genau jene Nischen, die bislang noch den Millionen Kleinbauern ihr Auskommen sichern. Zum einen soll Afrikas Agrarsektor als Absatzmarkt erschlossen, zum anderen sollen die Investitionsmöglichkeiten in die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser verbessert werden, um Afrikas „Standortvorteile“ zu nutzen.

Der ideale Marktteilnehmer in diesem System ist der Vertragsbauer. Er erhält alle erforderlichen Inputs und Anweisungen, wie er sein Feld zu bestellen hat, durch Agrounternehmen, Investor oder Supermarktketten – auf Kredit. Umgekehrt liefert er die Ernte an den Großabnehmer, der sie verarbeitet und weiter transportiert bis hinein in die Regale der Supermärkte in den Großstädten und Industrieländern.

Die ersten beißen die Hunde

Ein System, das perfekt ist und bei dem alle nur gewinnen? Die Bauern und Bäuerinnen, die diese Wertschöpfungskette füttern, sind verstrickt in Abhängigkeiten – von Händlern, Lieferanten und Importen, von Technologie und Krediten auf der einen Seite, von mächtigen Aufkäufern, Großhandelsketten, Agrounternehmen und Exporteuren auf der anderen. Wie viel von der Wertschöpfung in diesen globalen Handelsketten bei ihnen bleibt, zeigen die Erfahrungen der Kaffeebauern, der Tabakpflanzer, der Blumenbäuerinnen oder der kommerziellen Hühnerzucht: Peanuts. Gegen die Macht des Weltmarkts, auf dem wenige Konzerne viele Anbieter gegeneinander ausspielen können, und gegen die Subventionen für europäische Getreidebauern und US-amerikanische Baumwollfarmer hilft ihnen auch nicht, dass sie in der Regel produktiver und kostengünstiger sind als größere Betriebe. Schritt für Schritt werden die Betriebe, die nicht mithalten, aus dem Geschäft gedrängt.

Es ist eine Illusion zu glauben, Afrikas Kleinbauern könnten „wettbewerbsfähig“ gemacht werden, um in der durch Agrarkonzerne und Handelsketten dominierten Globalisierung mithalten zu können. Aber auch an diese Verlierer wird beim „armutsorientierten Wachstum“ gedacht: Weltbank und andere Entwicklungsorganisationen planen für sie „Exit-Optionen“: diejenigen, die ihr Land und ihre Existenzgrundlage verlieren, sollen als Landarbeiterin oder Industriearbeiter neue Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Diese Arbeitsplätze existieren vorerst allerdings lediglich in den Wachstumsprognosen der Planer.

Uwe Hoering

Erschienen in: Landwirtschaft global: Der Kampf um Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit. INKOTA-Brief Nr 144, Juni 2008